

Datum: 15.02.2010

SGSA-Präsidium zur Finanzlage von Dessau-Roßlau:

Lage von Dessau ist Fanal für die Situation der Gemeinden Allgemeinen Sparaufrufe verkennen Ursachen

Magdeburg.- Schulterchluss mit Dessaus Oberbürgermeister Klemens Koschig übte das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA). „Was sich in Dessau-Roßlau abzeichnet, mag die Spitze des Eisbergs sein,“ sagte SGSA-Präsident Haldensleben Bürgermeister Norbert Eichler heute in Magdeburg. „Es ist aber Tatsache, dass die Städte und Gemeinden insgesamt im Finanzausgleich unterkapitalisiert sind. Aufgaben und Ausgaben stehen in vielen Fällen nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander und darauf haben wir gerade bei der Neuausrichtung des Finanzausgleichs ständig hingewiesen.“

„Natürlich ist Dessau-Roßlau besonders betroffen,“ bekräftigte SGSA-Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel. Die Stadt habe sich mit der Fusionsentscheidung zukunftsfähig aufgestellt, sei aber mit dem weit über die Region hinaus wirkenden kulturellen Erbe finanziell überfordert. „Wer praktisch drei Welterbestätten (Bauhaus, Gartenreich, Biosphärenreservat) in seinen Mauern beherbergt, braucht

eine solide Finanzbasis für derartige Aufgaben,“ betonte Norbert Eichler.

Häufig werde, so Bernd Kregel, stets mit Stolz auf Dessau verwiesen, im politischen Handeln sei davon wenig zu verspüren. Schon seit 15 Jahren sei bekannt, dass Dessau kaum mehr in der Lage sei, ein so großes Theater zu finanzieren, aber dauerhaft tragfähige Konzeptionen habe das Land weder ausgearbeitet noch mitgetragen. „Es nutzt auch nichts die Gelder zwischen den Kommunen zu verschieben“, betonte Kregel. „Auch Halle und Magdeburg sowie die gerade neu gebildeten Gemeinden im ländlichen Raum sind unterkapitalisiert. Die Zuweisungen an die Städte und Gemeinden entsprechen nicht ihren Aufgaben. Es fehlen auf der Ebene der Städte und Gemeinden rund 300 Millionen Euro im Finanzausgleich am Bedarf.“

Vor dem Hintergrund der laufenden Gebietsreform warnte SGSA-Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel davor, zu glauben, alle Gemeinden hätten schon einen umfassenden Überblick über ihre Finanzlage. „Viele Gemeinden sind derzeit dabei, in ihrem neuen Status Kasernensturz zu machen. Da kann es durchaus noch Überraschungen der negativen Art geben, die derzeit noch von den laufenden Arbeiten in Folge der Gebietsreform überlagert sind“, meinte Kregel.

In einem ersten Gespräch mit Innenminister Holger Hövelmann will der SGSA noch heute auf die Dramatik der Städte und Gemeinden hinweisen. „Das neue FAG muss einer permanenten Kontrolle unterzogen werden, um sicherzustellen, dass nicht einzelne Städte und Gemeinden zahlungsunfähig werden“, betonte Norbert Eichler. „Der Politik muss klar sein, dass die Hilferufe kein allgemeines Gejammere sind, sondern die bittere Realität abbilden.“